



# Offenes Informationsschreiben „landesweites Semesterticket für Studierende in Schleswig-Holstein“

---

## **Landes-Asten-Konferenz Schleswig-Holstein**

### **Verhandlungsteam/Projektgruppe „landesweites Semesterticket“**

Sprecher: Henning Evers

Mitglieder: Henning Evers, Paul Weber, Julian Schüngel, Swen Gärtner, Philip Queßeleit, Pascal Groß

#### **An die**

- Fraktionsvorsitzenden und verkehrspolitischen Sprecher der
- Regierungsfractionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag
- Den Fraktionsvorsitzenden und verkehrspolitischen Sprechern der Oppositionsfractionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag
- Kommilitoninnen und Kommilitonen im Land Schleswig-Holstein zur Kenntnis

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Freude und gleichzeitigem Erstaunen haben wir, die von der Landes-Asten-Konferenz für die Angelegenheit „Semesterticket“ beauftragten Studierendenvertreter, vor kurzem von dem Vorstoß der Koalitionsfraktionen in Richtung eines möglichen landesweiten Semestertickets erfahren.

In der genannten Angelegenheit sehen wir es als unumgänglich an, Ihnen zu dem Thema „landesweites Semesterticket“ wichtige Informationen und auch Wünsche der Studierendenschaft mitzuteilen.

Im Sinne der Verfahrenstransparenz und unserer Informationsgrundsätzen ist dieses Schreiben ausdrücklich auch allen Studierenden und allen weiteren landespolitischen Kräften neben den Regierungsfractionen zugänglich.

Bereits vor etwa zwei Jahren haben die ersten projektbezogenen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Studierendenausschüsse und der NAH.SH stattgefunden, um die Möglichkeiten für ein landesweites Semesterticket auszuloten. Bis zum heutigen Tag gab es von Seiten der Studierendenvertreterinnen und -vertreter zu dem Thema einschlägige Umfragen, Diskussionsveranstaltungen in den Hochschulen, einen stetigen Austausch mit der NAH.SH und auch Termine mit Vertreterinnen und Vertretern der Verkehrsbetriebe. Zudem nimmt die Befürwortung eines solchen Semestertickets in den letzten Jahren nicht nur an einzelnen Hochschulen, sondern flächendeckend zu.

Die von der LAK SH beauftragte Projektgruppe sieht den derzeit deutlich werdenden politischen Handlungswillen der Koalitionsfraktionen grundsätzlich als positiv an. Der



Semesterticketvertrag wird nun von den Studierendenvertreterinnen und -vertretern und den Verkehrsunternehmen ausgehandelt. Das Land gewährt, mit Berufung auf wörtliche Aussagen des Ministers und Verlautbarungen in der Presse, eine Anschubfinanzierung und hat hierdurch ein Mitspracherecht. Hierbei geht es um einen Dialog mit offenen Karten, bei dem alle Seiten unter Wahrung ihrer Interessen einen guten Kompromiss aushandeln werden. Hierzu werden in den nächsten Monaten intensive Gespräche stattfinden, um die Einführung des landesweiten Semestertickets im Herbst 2019 erreichen zu können.

Letztendlich ist eines ganz klar: Es sind die Studierendenschaften, die einen Vertrag mit den Verkehrsunternehmen eingehen. Dies bedeutet mit Verweis auf §74 Abs. 2 des Landeshochschulgesetzes auch, dass die Entscheidung, ob das Ticket kommt, bei den Studierenden in Schleswig-Holstein sowie den Verkehrsunternehmen des Landes, und nicht bei der Landesregierung liegt. Das landesweite Semesterticket in der auszuhandelnden Form wird es nur nach Zustimmung der Studierenden geben. Dies artikulieren wir unseren Kommilitoninnen und Kommilitonen gegenüber konsequent, insbesondere in den sozialen Medien, in denen von verschiedenster, auch politischer Seite, nicht gerade zur Versachlichung des Themas beigetragen wird und bisweilen auch Fehlinformationen verbreitet werden.

Man hat sich damals einstimmig auf den Weg geeinigt, zuerst eine einschlägige Befragung unter allen Studierenden in Schleswig-Holstein zum Thema „Semesterticket“ vorzunehmen und dann in den einzelnen Vertragspartnergruppen Beschlüsse für den weitergehenden Prozess zu fassen. Des Weiteren wurden bereits Vertragsinhalte ausgetauscht und Verhandlungen vorbereitet. Anschließend sollte weiter verhandelt und erste Ergebnisse festhalten werden. Erst im Anschluss daran sind Beschlüsse und Abtimmungen in den verfassten Studierendenschaften und der Gesellschafterversammlung der NSH, das sind die Verkehrsunternehmen im Land, vorgesehen. Bis zum heutigen Tag stehen wir kurz vor dem Eintritt in die konkreten Verhandlungen mit der NSH.

Andeutungen und Äußerungen in der Presse, dass die Regierungsfractionen verantwortlich für den Schritt seien, dass das Ticket käme, stellen wir uns zum jetzigen Zeitpunkt entschieden entgegen.

Auch der Weg des Ministers, eine Facebook-Videobotschaft zu versenden, in der mit Preisvorstellungen jongliert wird, ist nicht der Weg, den wir uns vorgestellt haben, zu erfahren, welche Preisvorstellungen das Ministerium hat und wie groß die Anschubfinanzierung sein wird. Leider wirft man so Informationen in den öffentlichen Raum, die bisher ausschließlich im sensiblen und vertraulichen Bereich behandelt wurden. Es ist dennoch äußerst positiv, dass das Ministerium auch nach einem Ministerwechsel hinter dem Projekt steht. Jedoch hätten wir uns eine andere Form der Informationsbekanntgabe gewünscht.

Die Beauftragung zur Konzeptentwicklung, die durch den Landtagsbeschluss erarbeitet werden soll, sehen wir ebenfalls kritisch. Es gibt ein Konzept und eine Vorgehensweise, welches Ihnen obenstehend in aller Kürze dargelegt worden ist. Daher sind Ihre Pläne, bereits im April per Landtagsbeschluss von der Landesregierung ein Konzept einzufordern, aus unserer Sicht an eine sofortige Beteiligung und Anhörung des von der LAK SH eingesetzten Projektteams geknüpft. Dies ist die Grundlage um das Thema fachlich durchdacht und mit den eigentlichen Vertragsparteien abgestimmt zum gegebenen Zeitpunkt in den Hochschulen und Universitäten des Landes zur Debatte zu stellen.



Wir als Landes-Asten sehen uns in der Angelegenheit Semesterticket klar zuständig. Wir appellieren deswegen dringend an Sie, die Studierendenvertretung in diese Angelegenheit miteinzubeziehen.

Wir stellen Ihnen, den Koalitionsfraktionen, auch aus diesen Gründen folgende Fragen:

Welchen Stand haben Sie zu den bereits erfolgten Gesprächen der Verhandlungspartnerinnen und -partner? Welche Ergebnisse gehen daraus hervor?

Auf welcher Grundlage entstanden die genannten Preise 99 Euro und 119 Euro? Entsprechen diese den Realkosten?

Können Sie unsere Kritik und Befürchtung nachvollziehen und stimmen Sie uns zu, dass falsch angesetzte Preise falsche Erwartung erzeugen und die Einführung eines landesweiten Semestertickets bedrohen?

Nach unserem Dafürhalten wurden Äußerungen – vor allem seitens Abgeordneten – getätigt, die für uns in dieser Form vor dem Hintergrund sensibler Kommunikation und Verhandlungsführung nicht nachvollziehbar sind. Das stimmt uns nach wie vor sehr nachdenklich.

Es ist in jedem Fall begrüßenswert, dass das Land mit einer Anschubfinanzierung ganz wesentlich zur Einführung eines landesweiten Semestertickets beitragen will.

Uns alle eint das Ziel, eine Mehrheit dafür zu bekommen, dass Studierende durch kostengünstigen, solidarisch finanzierten ÖPNV einen Mehrwert während ihres Studiums erhalten, den sie selbst finanzieren.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Henning Evers

– stellvertretend für die „Projektgruppe Semesterticket“ der Landes-Asten-Konferenz SH –